



Gubernial-Verlautbarung.

2. 865. (3) Nr. 1571. C.

C i r c u l a r e

des k. k. illyrischen Landes-Guberniums. — Einführung einer allgemeinen Verzehrungssteuer. — Seine Majestät haben zur Vereinfachung und angemessenen Regulirung der Abgaben, welche in Allerhöchsthren Staaten unter verschiedenen Formen und Benennungen dermal von den Getränken und einigen andern Verzehrungsgegenständen abgenommen werden, in Folge allerhöchster Entschliessung vom 25. May 1829 nachstehende Verfügungen zu verordnen geruhet: I. Allgemeine Bestimmungen. 1. Die in der Provinz Illyrien dermal bestehenden Getränke- und Verzehrungsabgaben werden in eine Abgabe vereinigt, welche vom 1. November d. J. anzufangen, unter der Benennung „Allgemeine Verzehrungs-Steuer“ von einigen hiezu bezeichneten Genussmitteln und Verbrauchsgegenständen zu entrichten seyn wird. — 2. Mit dem Zeitpunkte, wo die allgemeine Verzehrungssteuer in Wirksamkeit tritt, erlöschen die dermal in Illyrien bestehenden nachfolgenden Abgaben, als: Der Fleischkreuzer, die Weinimposition, der Wein-Ausschlag, der Weintag in Krain, dann der Fleischkreuzer in Kärnten, die ordinäre Konfin oder Körnermauth, der Banat-Alcis in Klagenfurt, das erbländische Getränkegefall, der Zapfentag, die Brandsteuer, der Getränk-Alcis, der Sittersdorfer Weintag, der Laibacher Oktroi, dann die Localaufschläge in den andern Städten und Ortschaften, wo solche bestehen. — II. Von der Entschädigung der Besitzer aufgelassener Bezüge. 3. Den Gemeinden, deren Local-Aufschläge hierdurch außer Wirksamkeit kommen, wird nach Maß des Gemeinde-Erfordernisses ein Zuschlag zu der allgemeinen Verzehrungssteuer bewilliget werden. — III. Von den Gegenständen der allgemeinen Ver-

zehrungssteuer, und dem Tariffe derselben. 4. Die Gegenstände der Verzehrungssteuer sind auf dem offenen Lande, und in den kleinern Städten: Getränke, geistige Flüssigkeiten und Schlachtvieh. In der Stat Laibach werden ausserdem noch andere Verbrauchsgegenstände mit der Verzehrungssteuer belegt, welche in dem beiliegenden Tariffe bezeichnet sind, der zugleich die Sätze enthält, nach welchen die Belegung mit der Verzehrungssteuer erfolgt. — IV. Von den zum Erlage der allgemeinen Verzehrungssteuer Verpflichteten. 5. Die Verzehrungssteuer wird auf dem offenen Lande und in den kleineren Städten eingehoben: a. Von allen Jenen, welche sich mit der Erzeugung von Bier beschäftigen. b. Von den Gast- und Schankwirthen, Euschenschänkern und sogenannten Leutgebern, so wie von allen Denjenigen, welche Rhum, Arrak, Rosoglio, Liqueur und andere versüßte geistige Getränke, Branntwein, Branntweingeist, dann Wein, Weinmost, oder Obstmost, solcher mag bloß eigenes oder fremdes Erzeugniß seyn, ausschänken, oder den Verkauf dieser Getränke im Kleinen, das heißt: beim Wein, Weinmost oder Obstmost, unter einem nied. österr. Eimer; bei den übrigen geistigen Getränken unter einem Viertel-Eimer betreiben. c. Von Fleischern, Wirthen, Fleischselchern und allen, welche Fleisch von geschlachtetem Vieh, wofür noch nicht die Verzehrungssteuer entrichtet wurde, zum weiteren Verkaufe, oder zu anderen Zubereitungen an sich bringen. — 6. In der Stadt Laibach sind zum Erlage der Verzehrungssteuer verpflichtet, Diejenigen, welche sich mit der Erzeugung von Rhum, Arrak, Rosoglio, Liqueur und allen versüßten geistigen Getränken, von Branntwein und Branntweingeist, dann von Bier beschäftigen, ferner alle Diejenigen, welche versteuerbare Gegenstände über die Linien der Stadt bringen. — V. Von

der Verwaltung der allgemeinen Verzehrungssteuer. 7. Zur Besorgung der Verzehrungssteuer = Geschäfte und zur Ueberwachung des Gefälles, werden in den Kreisen Inspectoren aufgestellt, welchen Commissäre unterstehen, die gemeinschaftlich mit den Grundsteuer = Obrigkeiten, die Einhebung der allgemeinen Verzehrungssteuer vorzunehmen haben, und in den Fällen, wo es die Ortsverhältnisse erfordern, Bestellte ernennen können, um in ihren Namen und unter ihrer Haftung, die ihnen zugewiesenen Gefälls = Geschäfte zu verrichten. — 8. Die Einhebung der allgemeinen Verzehrungssteuer bei der Einfuhr in Laibach wird von Linien = Aemtern besorgt, welche einem Inspector unterstehen, der zugleich für die Einhebung der Verzehrungssteuer von den inner den Linien erzeugten geistlichen Getränken und Flüssigkeiten Sorge zu tragen hat. — 9. Die Inspectoren unterstehen der Zollgefällen = Verwaltung der Provinz, bei welcher Beschwerden gegen die ersteren vorgebracht, so wie Recurse gegen die Amtshandlungen der letzteren bei der Finanz = Hofstelle angemeldet werden können. — VI Von der Einhebung der allgemeinen Verzehrungssteuer. 10. Zum Behufe der Einhebung der Verzehrungssteuer haben längstens bis zum letzten August d. J. die im §. 5 und 6 bezeichneten Gewerbsunternehmer im Wege ihrer Bezirks = Obrigkeit um den gefällsämlichen Erlaubnißschein zum Betriebe ihrer Unternehmung anzusuchen. Wer später den Betrieb einer verzehrungssteuerpflichtigen Unternehmung anzutreten, oder von einem Orte in einen andern zu übertragen wünscht, hat sich wegen des Erlaubnißscheines an den Inspector des Kreises zu wenden. Der gefällsämliche Erlaubnißschein berechtigt jedoch in Fällen, wo die Gewerbs = Vorschriften, oder die Landes = Verfassung noch andere Bedingungen zum Antritte eines Gewerbes erfordern, keineswegs zur Eröffnung einer solchen Unternehmung, bevor nicht die übrigen Bedingungen erfüllt sind, so wie andererseits zur Eröffnung einer Gewerbs = Unternehmung dieser Art, wenn auch alle übrigen Bedingungen erfüllt sind, ohne steuerämlichen Erlaubnißschein Niemand berechtigt ist. — 11. Die Gefälls = Verwaltung wird jedesmal zuerst die Abfindung mit den einzelnen Betriebs = Unternehmern über angemessene Pauschalbeträge versuchen, und nur wenn diese nicht zu Stande kommt, zur Verpachtung oder zur Einhebung der tariffmäßigen Gebühr schreiten. — a. Verzehrungssteuer = Entrichtung mittelst des

Erlages der tariffmäßigen Gebühr. 12. Wo keine Abfindung zu Stande kommt, hat jeder Verzehrungssteuer = Pflichtige die tariffmäßige Gebühr zu entrichten, und dem Steuer = Commissär eine genaue Beschreibung der zum Gewerbsbetriebe gehörigen Localitäten, nebst den etwa vorhandenen geheimen Kommunikationen und eine Uebersicht aller Werksvorrichtungen und Aufbewahrungsgefäße, welche vorschriftsmäßig zimentirt seyn müssen, zu überreichen, auch von dem Dienstpersonale Denjenigen oder Diejenigen namhaft zu machen, welche die Aufsicht über die übrigen führen. — 13. Nach eingenommenem Augenscheine und richtig gestelltem Befunde versteht der Gefällsbeamte die Localitäten = Werksvorrichtungen, und Aufbewahrungsgefäße mit ämtlichen Zeichen und Nummern, und der Unternehmer ist von diesem Augenblicke an verpflichtet, an dem äußeren Theile des Locals den Gewerbsbetrieb durch ein kennbares Zeichen anzudeuten, und von jeder Veränderung in dem erhobenen Stande der Gewerbs = Unternehmung und der Dienstindividuen die Anzeige zu machen. — 14. Solange der Betrieb der Gewerbs = Unternehmung still steht, werden die Werksvorrichtungen durch ämtliche Versiegelung, oder auf andere geeignete Art außer Gebrauch gesetzt. — Sobald eine steuerpflichtige Parthei, nach Verschiedenheit ihres Gewerbes, einen Brand, oder Abzug geistlicher Flüssigkeiten, oder ein Biergebräude zu unternehmen, eine Einkellerung auszuführen, oder eine Schlachtung steuerbarer Thiere vorzunehmen Willens ist, hat dieselbe hievon wenigstens 24 Stunden vorher bei ihrer Bezirksobrigkeit die schriftliche Anmeldung zu machen, und nebst der Quantität des versteuerbaren Gegenstandes, und der hiezu zu verwendenden Stoffe, Werksvorrichtungen und Geräthschaften, den Tag und die Stunde anzugeben, wann das Verfahren beginnen, und wann endigen werde. Vor Ablauf der in der Anmeldung bezeichneten Dauer des Verfahrens, darf nichts von dem versteuerbaren Gegenstande aus dem Locale weggebracht werden, wo solches statt findet. — Sobald die angemeldete Menge des versteuerbaren Erzeugnisses erzielt ist, muß das Verfahren, wenn auch der angemeldete Zeitpunkt der Beendigung noch nicht eingetreten wäre, abgebrochen und eingestellt werden. — 15. Ueber die bei der Bezirks = Obrigkeit überreichte Anmeldung wird von dem Steuer = commissär des Bezirkes die Zahlungsbolette ausgefertigt, und diese von der gedachten Obrigkeit gegen Erlag der entfallenden Steuergebühr der Parthei eingehändigt, welche dadurch be-

rechtigt wird, das angemeldete Verfahren zu unternehmen, und die hiezu bezeichneten Einrichtungen und Gefäße zu verwenden. — 16. Die steuerpflichtigen Partheien haben ordentliche Empfangs- und Ausgabens-Register zu führen, solche monatlich abzuschließen, und mit den auf die verwendeten Quantitäten sich beziehenden Vollen belegt, binnen 3 Tagen nach dem Schluß des Monats an den Steuer-Commissär abzugeben. Die Bierbräuer haben insbesondere Braurechnungen zu führen, aus welchen sie vierteljährige Ausweise zu verfassen haben, die binnen fünf Tagen nach dem Schluß des Quartals zu überreichen sind. — 17. Den Steuercommissären, so wie allen mit dem Creditiv versehenen Gefällsbeamten liegt es ob, bei den steuerpflichtigen Unternehmungen zur Handhabung der erforderlichen Kontrolle Aufsicht zu pflegen. — Denselben ist daher der Eintritt in die Localitäten solcher Unternehmungen, bei Tage, und in dem Falle, wo die Anmeldung auf ein nächtliches Verfahren lautet, auch bei Nacht unweigerlich zu gestatten; auch ist den Gefällsbeamten bei deren Amtshandlung von dem Gewerbs-Unternehmer persönlich oder durch dessen Dienstpersonal auf Verlangen die nöthige Hilfsarbeit zu leisten. — Wenn ein Gefällsbeamte ausser dem erwähnten Falle bei einer Gewerbsunternehmung bei Nachtzeit Aufsicht zu pflegen sich bewogen findet, so wie jederzeit, wenn er eine förmliche Untersuchung über vermuthete Gefällsbevortheilungen vorzunehmen hat, ist von demselben eine obrigkeitliche Person, und in deren Ermanglung der Ortsrichter oder ein Geschwornener der Gemeinde beizuziehen. — In Fällen, wo es sich um die Untersuchung eines im Besitze eines Dominiums befindlichen Unternehmens handelt, ist der obrigkeitliche Beistand von dem nächsten Dominium in Anspruch zu nehmen, und von demselben ohne Aufschub unweigerlich zu leisten. — b. Verzehrungssteuer. — Entrichtung mittelst Abfindung. 18. Um die Steuerpflichtigen zu erleichtern, und denselben ein Mittel darzubieten, sich von den Kontrollmaßregeln zu befreien, welche mit der Einhebung der vorschriftmäßigen Gebühr verbunden werden müssen, wenn das Gefäll nicht ohne Schutz bleiben soll, werden Abfindungen gestattet. — Wenn eine steuerpflichtige Parthei, sich mit der Gefälls-Verwaltung über ein jährliches Pauschal abgefunden hat, treten für die Dauer des Abfindungs-Vertrages die in den vorausgegangenen §. 5. über die Einhebung der tariffmäßigen Gebühr vorgeschriebenen Bestimmungen ausser Wirk-

samkeit. — 19. Ein während der Dauer eines Abfindungs-Vertrages eintretender zufälliger Umstand, welcher auf die Verminderung oder Erweiterung der Verzehrung Einfluß nimmt, ändert nichts an den Bestimmungen des Vertrages. Nur in dem Falle, wo der Verzehrungssteuer-Tariff geändert wird, vermindert oder erhöht sich im Verhältnisse des geänderten Tariffsatzes die bedungene Leistung, wofür die Parthei nicht verzicht den Abfindungs-Vertrag ganz aufzuheben. Geht in der Person des Eigenthümers der steuerpflichtigen Unternehmung während der Dauer eines Abfindungs-Vertrages eine Aenderung vor sich, so behält der Vertrag für das laufende Jahr seine Wirksamkeit, wenn nicht die Gefälls-Verwaltung denselben als erloschen zu erklären findet. — 20. Der bedungene jährliche Pauschalbetrag ist in gleichen monatlichen Raten vorhinein am 1. jeden Monats, und wenn dieser ein Sonntag oder Feiertag wäre, am nächstfolgenden Werktag an die Bezirksobrigkeit abzuführen. — c. Verzehrungssteuer. — Einhebung durch Pächter. 21. Wo die Verhandlung über Abfindungen kein dem Verzehrungssteuer-Gefälle entsprechendes Resultat darbietet, schreitet die Gefälls-Verwaltung zur Verpachtung. — Die Verpachtung des Verzehrungssteuer-Beuges kann von einzelnen Unternehmungen einer und derselben Classe, oder von allen steuerpflichtigen Partheien eines Ortes, Bezirkes, oder noch ausgedehnteren Umfangs statt finden. Sie wird immer im Wege der Konkurrenz mittelst öffentlicher Versteigerung vorgenommen. — 22. Der Pächter tritt in die Rechte und Verpflichtungen ein, welche der Gefälls-Verwaltung und ihren Organen in den gegenwärtigen Vorschriften zugewiesen sind. Ausgenommen hiervon ist 1. die Ertheilung der im §. 10 bemerkten, zum Antritte einer steuerpflichtigen Gewerbs-Unternehmung erforderlichen, gefällsamtlichen Erlaubnißscheine, und 2. das Erkenntniß über alle Arten von Vergehungen gegen die Gefälls-Vorschriften. — d. Verzehrungssteuer. — Einhebung bei der Einfuhr in Laibach. 23. Zum Behufe der Einhebung der Verzehrungssteuer an den Linien der Stadt Laibach werden an den Punkten, wo der Eingang steuerbarer Gegenstände gestattet ist, Verzehrungssteuer-Ämter aufgestellt, und zugleich jene Punkte bekannt gemacht, und auf eine kenntbare Art bezeichnet werden, bei welcher der Eingang solcher Artikel verboten ist. — 24. Die versteuerten Gegenstände, welche inner die Linie gebracht zu werden bestimmt sind, müssen bei dem

Verzehrungssteuerverante, wo sie eintreffen, mit Bezeichnung ihrer Gattung und Menge angegeben werden, das Steueramt bemisst nach eingeholter Ueberzeugung von der Richtigkeit der Angabe die tariffmäßige Gebühr, und händigt gegen Erlag derselben die Bollete aus. — Glaubt der Steuerbeamte in die Angaben einer Parthei Zweifel setzen zu sollen, so ist er befugt, mit Anstand und Bescheidenheit durch nähere Untersuchung sich Aufklärung zu verschaffen. — 25. Frey von Entrichtung der Gebühr sind versteuerbare Gegenstände: 1. wenn sie ein Eigenthum des allerhöchsten Hofes sind und mit Hofsuhren eingebracht werden; 2. wenn sie in so geringer Menge vorkommen, daß die davon entfallende Verzehrungssteuer den Betrag von drei Kreuzern nicht erreicht. — 26. Der Durchzug versteuerbarer Gegenstände wird in bestimmten Tagesstunden und vorgezeichneten Richtungen gestattet. — Wenn Durchzugs-Ladungen zu dieser Zeit bei dem Linienamte anlangen, und die bezeichnete Richtung einzuschlagen bestimmt sind, werden solche ohne Erlag der Verzehrungssteuer eingelassen, und von einem Bestellten des Linienamtes bis zum Austrittspunkte begleitet. — Eben so werden Transito-Ladungen ohne Entrichtung der Verzehrungssteuer zugelassen, wenn dieselben unter der Sperre der Gefälls-Verwaltung in Verwahrung bleiben. — 27. Die näheren Bestimmungen und die Anleitung über die Ausführung der in diesem Abschnitte in Bezug auf die Verzehrungssteuer = Einhebung enthaltenen Vorschriften: sind in dem Anhang zu diesem Circulare enthalten. — VII. Von dem Executions-Verfahren und von der Behandlung der Vergehen gegen die Vorschriften über das Verzehrungssteuer = Gefäll. a. Executions-Verfahren. 28. Wenn eine steuerpflichtige Parthei mit dem Erlage einer Monatsrate des Abfindungspauschales die vorgeschriebene Frist nicht einhält, so hat die Bezirksobrigkeit unverzüglich zur Sicherstellung des Ausstandes, die Pfändung des Schuldners einzuleiten, und dafür zu sorgen, daß in Verfolg der weiteren gesetzlichen Executionsgrade der Betrag des Ausstandes eingebracht werde. — Gleichzeitig erlischt der Abfindungsvertrag, und der Verzehrungssteuer-Commissär verfügt die tariffmäßige Einhebung, oder überläßt dieselbe auf dem vorgeschriebenen Wege einem Pächter. — 29. Hat der Pächter eine rückständige Abfindungsrate zu fordern, so weist er den Ausstand mit Beilegung seines Pachtvertrages der Bezirksobrigkeit aus, welche verpflichtet ist, den

Rückstand auf die in dem obigen §. bezeichnete Art hereinzubringen, und an den Pächter abzuführen. — 30. Bleibt der Pächter mit einer Monatsrate seines Pachtbills im Rückstande, so berichtet der Verzehrungssteuer-Inspector diesen Ausstand mittelst der Caution des Pächters, schreibt sogleich eine neue Verpachtung aus und bedeckt die Kosten dieser Maßregel, und den allenfalls dem Gefälle erwachsenen Schaden, aus dem Reste des Cautionsbetrages. — 31. Wenn die Bezirksobrigkeit mit der Abfuhr der eingehobenen Verzehrungssteuer-Beträge oder der eigenen Schuldbigkeit, wofern sie als Dominium sich im Betriebe einer steuerpflichtigen Unternehmung befindet, über drei Tage, nach Ablauf des Monats, im Rückstande bleibt, hat der Verzehrungssteuer-Inspector bei dem Kreisamte den Betrag des Ausstandes nachzuweisen, welchem es obliegt, ohne Aufschub die Eintreibung desselben im Executionswege zu veranlassen. — 32. Wo ein Ausstand aus vernachlässigter Beobachtung dieser Vorschriften verloren geht, hat der schuldtragende Theil dem Gefälle und rückfichtlich dem Pächter für den Verlust zu haften. — b. Verfahren bei Verhängung der Strafen, wegen Gefälls-Übertretungen. 33. Die Vergehungen gegen die Vorschriften im Gebiete des Verzehrungssteuer = Gefalles werden mit Geldstrafen belegt, welche theils in fixen Beträgen ausgesprochen, theils im Verhältnisse zu der eingetretenen oder versuchten Gefälls-Verkürzung zu bemessen sind. — Wer den Strafbetrag nicht zu erlegen vermag, hat solchen durch gefängliche Haft abzubüssen, deren Dauer sich auf so viele Tage, als die Geldstrafe Gulden beträgt, erstrecken kann. Die Arreststrafe darf jedoch nie über sechs Monate verhängt werden, und muß, wenn sie die Dauer von drei Monaten überschreiten soll, durch einen Beschluß des Landrechtes der Provinz bekräftigt seyn. — 34. Die Fälle, wo ein fixer Strafbetrag statt findet, sind folgende: I. Einer Geldstrafe bis 10 Gulden unterliegt: a. wer die nach §. 10 zur Erlangung des gefällsämlichen Erlaubnißscheines zu überreichende Erklärung nicht abgibt; b. wer nach dem im gedachten §. 10 bemerkten Zeitpunkte eine verzehrungssteuerpflichtige Gewerbs-Unternehmung antreibt, oder an einen andern Ort überträgt, ohne sich mit dem gefällsämlichen Erlaubnißscheine ausweisen zu können; c. wer nach §. 13 die Anzeige einer Veränderung in dem erhobenen Stande der Dienstindividuen, oder die Bezeichnung des äußeren Theiles des Betriebes-Locals unterläßt; d. wer eine nach

§. 13 und 14 vorgenommene amtliche Verzeichnung oder Verseglung verlegt, oder sich nicht gehörig zimentirter Gefäße bedient, e. wer die vorgeschriebenen Register und Rechnungen zu führen unterläßt, oder so unrichtig führt, daß daraus keine genügende, den Gefälls-Vorschriften entsprechende Auskunft zu entnehmen ist, dann wer die Register und Rechnungen nicht zur festgesetzten Frist überreicht, und die verzögerte Ueberreichung nicht grundhäftig zu rechtfertigen vermag, f. wer einem Gefällsbeamten nach §. 17 den Zutritt oder die verlangte Hilfsarbeit verweigert, dann eine Obrigkeit, welche über Aufforderung des Gefällsbeamten nicht unverzüglich die obrigkeitliche Assistenz leistet. Nebstbei haftet in diesem Falle der Uebertreter dem Gefälle für allen aus der Verzögerung etwa entspringenden Schaden. — 35. Sollte in den zu d, e, f, bemerkten Fällen zugleich eine Verfälschung der Siegel oder amtlichen Zeichen statt gefunden haben, sollten die Register und Rechnungen, nachdem sie durch die eintretende Amtshandlung der Gefällsbeamten den Character öffentlicher Urkunden erhalten haben oder zu dieser Amtshandlung überreicht worden sind, verfälscht worden seyn, oder hätte sich Jemand gegen den Gefällsbeamten thätigen Widerstand erlaubt, oder sich gegen ihn durch eine Mißhandlung vergangen; so finden die Vorschriften über Verbrechen und schwere Polizey-Übertretungen ihre Anwendung. — 36. II. Eine Strafe bis 50 Gulden ist zu verhängen: a. für jeden bei der nach §. 12 vorzulegenden Beschreibung der Localitäten und Werksvorrichtungen nicht angezeigten Kessel oder Aufbewahrungsort, dann für jeden Brenn-, Abzug-, Brau-Kessel oder Kühltrock, welcher nicht angezeigt, oder mit welchem ohne vorläufige Anzeige eine wesentliche Aenderung vorgenommen wurde; b. wenn nach dem Zeitpunkt der in Folge des §. 13 eingetretenen Local-Untersuchung eine geheime Communication vorgefunden wird. — 37. Die fixen Geldstrafen sind auf das Zwiefache ihres Betrages zu erhöhen: 1. in den Fällen wiederholter Ubertretungen; 2. wenn die Ubertretung mit einer erhobenen, wirklich statt gefundenen Gefälls-Verkürzung in Verbindung steht. — 38. In Fällen, wo eine Verkürzung des Gefälls Statt gefunden hat, oder versucht worden ist, und die Strafe mit dem fünffachen Betrage des Verzehrungssteuer-Betrages, um welchen es sich handelte, bemessen, und nebstbei die einfache Steuergebühr von dem betretenen Gegenstande eingehoben. — Ist der Gegenstand

in einem noch unvollendeten Zustande der Erzeugung betreten worden, so wird, wenn die Vollendung des Erzeugungs-Verfahrens nicht thunlich ist, die Strafgebühr nach einem im Verhältnisse zu den verwendeten Grundstoffen, und zu dem Gehaltsmaße der Werksvorrichtungen zu berechnenden Anschlage des Erzeugnisses zu bemessen seyn. — 39. Die fünffache Strafgebühr von der gesamten Menge des betretenen Gegenstandes trifft die steuerpflichtige Parthei: a. wenn sie das Verfahren beginnt, ohne die in den §. §. 14 und 15 bemerkte Anmeldeung gemacht, und die Zahlungsbolette gelöst zu haben; b. wenn bei derselben ein Vorrath versteuerbarer Gegenstände betreten, oder durch Vergleichung mit den Registern ausgemittelt wird, welcher durch Zahlungsboletten nicht bedeckt ist; c. wenn dieselbe gegen die Vorschrift des §. 14 vor Ablauf der angemeldeten Dauer des Verfahrens, den versteuerbaren Gegenstand, oder einen Theil desselben wegbringt, und damit betreten wird. Ferners unterliegt der obigen Strafgebühr: d. jene Parthei, welche bei der Einfuhr über die Linie der Stadt Laibach einen versteuerbaren Gegenstand dem Verzehrungssteuer-Amte anzugeben unterläßt, — die mit einem steuerbaren Gegenstande an einem Punkte die Linie überschreitet, welche zum Eingange steuerbarer Gegenstände nicht bestimmt ist; — oder welche mit einem steuerbaren Gegenstande in einer Richtung des Weges betreten wird, welche ausschließlich zu einem solchen Punkte führt. — 40. Die fünffache Strafgebühr von einem Theile des betretenen Gegenstandes findet Statt: a. wenn die vorgeschriebene Anmeldung zwar geschehen, und die Zahlungsbolette gelöst worden ist, der Befund aber zeigt, daß die Gattung des versteuerbaren Gegenstandes oder dessen Menge unrichtig angegeben, und daß daher in Absicht auf die Verzehrungssteuergebühr zu wenig angemeldet worden sey; — b. wenn die steuerpflichtige Parthei das angemeldete Verfahren früher beginnt, oder später endigt, als angemeldet wurde, und in der Zahlungsbolette ausgedrückt ist. — Im ersten Falle ist die Strafgebühr von dem Betrage zu berechnen, um welchen die Verzehrungssteuer in Folge der unrichtigen Angabe zu gering bemessen war, im letzteren Falle ist sie von der vor Anfang, oder nach Ablauf des angemeldeten Zeitpunctes in der Behandlung des steuerpflichtigen Unternehmens vorgefundenen Menge des steuerbaren Gegenstandes im Anschlag zu bringen. — 41. Die in den vor-
ausgegangenen zwei §. §. bezeichneten Strafs-

gebühr ist zu verdoppeln: 1. in Fällen wiederholter Gefäls-Verfälschungen, 2. wenn die Gefäls-Verfälschung mit einer Verfälschung der amtlichen Zeichen oder Siegel, oder der von der Parthei zu führenden Register in Verbindung steht; 3. wenn die Gefäls-Verfälschung zu einer Zeit statt gefunden hat, wo den Gefälsbeamten der Zutritt, ohne Beiziehung einer obrigkeitlichen Person nicht gestattet ist, oder wenn sie im sträflichen Einverständnisse mit einem Gefälsbeamten bewirkt worden ist. — Wie fern in dem letzteren Falle der Schuldige noch weiters zu behandeln kommt, bestimmt das Gesetz über Verbrechen und schwere Polizei-Übertretungen. — Bei dem dritten Falle der Bestrafung eines und desselben Gewerbs-Unternehmers wegen Verfälschung der Verzehrungssteuer-Gefäls, kann mit dem Straf-Erkenntnis zugleich die Erklärung der Unfähigkeit zum weiteren Betriebe eines steuerpflichtigen Unternehmens verbunden werden. — 42. Die Strafgebühr ist bei der Betretung immer sogleich an den Gefälsbeamten gegen Empfangscheine zu erlegen, welcher den erlegten Betrag an den Verzehrungssteuer-Invector abführt, wo dieser Erlag bis zum Ausgange der Verhandlung in Verwahrung bleibt. — So lange die Strafgebühr nicht erlegt, oder dafür nicht auf andere Art hinlängliche Sicherheit geleistet ist, bleibt der betretene versteuerbare Gegenstand in Beschlage der Gefäls-Verwaltung. Unterliegt derselbe der Gefahr des Verderbens; so wird solcher mit einem Male oder theilweise mittelst öffentlicher Versteigerung veräußert, und der gelöste Betrag auf die obgedachte Art in Verwahrung genommen. — 43. Die Strafe hat immer nur den wahren Uebertreter zu treffen, das heißt, Denjenigen, der wesentlich durch sich oder Andere das Gefäls verkürzt, oder zu verkürzen sucht. — 44. Ausser dem eigentlichen Uebertreter trifft die gleiche Strafe mit der Hälfte des Betrages jeden Mitschuldigen und Theilnehmer an der Uebertretung, wozu alle Jene gezählt werden, welche wesentlich bei der Uebertretung Hülfe geleistet, derselben Vorstoß gegeben, zu ihrer Ausführung beigetragen haben. — 45. Wenn von dem Zeitpunkte der begangenen Uebertretung binnen 6 Monaten kein Strafverfahren eingeleitet wurde; so ist die Gefälsstrafe verjährt. In den Fällen, wo eine Verkürzung des Gefälses statt gefunden hat, und erwiesen ist, wird der zu wenig entrichtete Verzehrungssteuer-Betrag jederzeit eingehoben, ohne daß die Verjährung

der Strafgebühr darauf einen Einfluß zu nehmen hat. — 46. Das Erkenntnis über die Vergehen gegen die Vorschriften der angezeigten Verzehrungssteuer und deren Bestrafung, steht der Zollgefäls-Verwaltung der Provinz zu. Sie hat dabei nach den im Allgemeinen für die Gefälsnotionen bestehenden Anordnungen vorzugehen. Jeder Parthei ist es unbenommen, gegen dieses Erkenntnis im Wege der Gnade oder auf dem Rechtswege den Recurs zu ergreifen. Im Gnadenwege muß derselbe bei der Finanzhofsstelle längstens binnen 4 Wochen vom Tage der Zustellung des Erkenntnisses eingereicht werden; im Rechtswege ist binnen der nämlichen Frist die Kammer-Procudatur beim Landrechte der Provinz aufzufordern. — Nach Verlauf dieser Frist wird das Erkenntnis als rechtskräftig angesehen und in Vollzug gesetzt. — 47. Die in dem Erkenntnis ausgesprochenen Geldstrafen oder Strafgebühren werden, sobald sie zur Rechtskraft erwachsen, und sofern sie nicht bereits deponirt sind, in dem für die Einhebung rückständiger Gefälsgebühren vorgeschriebenen Executionsweg eingebracht. — 48. Demjenigen, welcher eine Uebertretung der Gefäls-Vorschriften anzeigt, wird in dem Falle, daß sich seine Anzeige bewährt, ein Drittel der eingehobenen Geldstrafe oder Strafgebühr verabfolgt, und auf Verlangen die Geheimhaltung seines Namens zugesichert. — Dagegen wird Jener, welcher arglistig oder muthwillig eine falsche Anzeige vorbringt, nach dem Gesetze über Verbrechen und schwere Polizei-Übertretungen als Verläumder zu behandeln seyn. — Auf gleiche Weise erhalten die Verzehrungs-Steuer-Beamten, wenn sie Gefälsübertreter aufbringen, den dritten Theil, und wofern ihrer Amtshandlung keine vorläufige Anzeige zum Grunde lag, zwei Dritttheile der eingehobenen Strafbeträge. — In Fällen, wo diese nicht eingebracht werden können und von dem Ströfälligen durch persönliche Haft abgebüßt werden, erhalten die Anzeiger und Betreter nach Umständen eine angemessene Belohnung. — 49. Da, wo das Straf-Erkenntnis den Bezirk einer Gefälsverwaltung betrifft, ist die Bestimmung über die Verwendungs der Strafbeträge dem Pächter, welchem auch die Bestreitung der Untersuchungskosten obliegt — überlassen. Laibach den 26. Juny 1829.

Joseph Camillo Freyherr v. Schmidburg,
Gouverneur.

Joseph Wagner,
Gubernial-Rath.

T a r i f f.

Posten-Nummer	Benennung der steuerbaren Gegenstände	Maßstab der Belegung	Betrag der Verz. = Steuergebühr			
			für das Land und die kleinern Städte		für die Stadt Laibach	
			bei der Erzeu- gung	bei dem Ver- schleiß	bei der Erzeu- gung	bei der Ein- fuhr.
			fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
1	Rhum, Arrak, Punschessenz, Rosoglio, Viquer und alle versüßten geistigen Getränke	N. öst. Eimer	—	—	4 30	6 45
2	Branntweingeist mit Alkohol. Gehalt, und darüber	do.	—	—	4 30	6 45
3	Branntwein	do.	—	—	3 —	4 —
4	Wein	do.	—	—	1 20	1 40
5	Weinmost und Maisch	do.	—	—	1 —	1 15
6	Obstmost	do.	—	—	20 —	30 —
7	Meth	do.	—	—	—	30 —
8	Bier	do.	—	45 —	1 8	23 —
9	Essig	do.	—	—	—	15 —
10	Schlachtvieh: Ochsen, Stiere, Kühe, dann Kälber über ein Jahr	vom Stücke	—	—	2 —	4 —
Anmerkung: Auf dem Lande ist es dem Steuer- pflichtigen überlassen, sich von Jahr zu Jahr vor- aus zu erklären, ob er die Gebühr nach dem Satz von 2 fl. pr. Stück, oder mit 25 kr. vom Ctr. vom geschlachteten Vieh entrichten wolle.						
11	Kälber bis zum Alter eines Jahres	do.	—	—	20 —	1 40
12	Schafe, Widder, Ziegen, Böcke, Hammel oder Schöpfe	do.	—	—	8 —	15 —
13	Lämmer bis zu 25 Pfund, Kige, Spanferkel	do.	—	—	5 —	10 —
14	Frischlinge, d. i. Schweine von 9 bis 35 Pfund	do.	—	—	15 —	30 —
15	Schweine über 35 Pfund ohne Unterschied	do.	—	—	30 —	1 —
16	Frisches Fleisch ohne Unterschied, einzelne Theile des ge- schlachteten Viehes, dann eingesalzenes, geräuchertes u. eingepökeltes Fleisch, Salami u. andere Würste	pr. Wr. Ctr.	—	—	25 —	50 —
17	Zahmes Geflügel: Truthühner, Gänse, Enten, Ra- paun und dgl.	vom Stücke	—	—	—	3 —
18	Hühner und Tauben	vom Paare	—	—	—	1 —
19	Wildpret: Hirsche	vom Stücke	—	—	—	1 —
20	Wildschweine von 30 Pfund und darüber	do.	—	—	—	45 —
21	Frischlinge, Rehe, Gemsen	do.	—	—	—	15 —
22	Fasen	do.	—	—	—	3 —
23	Ausgehacktes Roth- und Schwarzwild	vom Wr. Ctr.	—	—	—	1 —
24	Federvild: Fasanen, Auerhühner, Birkhühner	pr. Stück	—	—	—	6 —
25	Repphühner, Haselhühner, Schneehühner, Wildgän- se, Trappen, Rohrhühner, Wildenten, Wild- tauben, Schnepfen	do.	—	—	—	3 —
26	Drosseln, Krametsvögel, Wachteln, Lerchen und alle anderen kleinen Vögel zum Genuß	pr. Duzend	—	—	—	1 —

Posten - Nummer	Benennung der steuerbaren Gegenstände	Maßstab der Belegung	Betrag der Verz. = Steuergebühre							
			für das Land und die kleinern Städte				für die Stadt Laibach			
			bei der Erzeu- gung		bei dem Ver- schleiß		bei der Erzeu- gung		bei der Ein- fuhr	
			fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
27	Fische aus inländischen Flüssen, Bächen, Teichen und Landseen, lebend oder geschlachtet, frisch, gesalzen oder geräuchert, von edlerer Gattung, als: Lachs, Lachsalmen, Lachsforellen, Aesche, Schill, Sälblinge, Störe, Haufen, Dick u. dgl.	pr. Wr. Ctr.	—	—	—	—	—	—	4	—
28	Von den übrigen Gattungen	do.	—	—	—	—	—	—	1	—
29	Reis	do.	—	—	—	—	—	—	1	—
30	Mehl aus Getreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchten aller Art; Grieß, gerollte und gebrochene Gerste, Hafergrütze	do.	—	—	—	—	—	—	12	—
31	Brot und überhaupt jede Bäckerwaare, dann Zwieback	do.	—	—	—	—	—	—	12	—
32	Brotfrüchte: als Waizen und Spelzkörner, türkisch. Waizen, Roggen, Halbfrucht in Körnern	do.	—	—	—	—	—	—	9	—
33	Hülsenfrüchte, als: Hirse, Wicken, Bohnen, Erbsen, Linsen	do.	—	—	—	—	—	—	9	—
34	Hafer in Körnern	do.	—	—	—	—	—	—	3	—
35	Heu ohne Unterschied	do.	—	—	—	—	—	—	3	—
36	Stroh	do.	—	—	—	—	—	—	5	—
Anmerkung. Wenn Getreide in Halmen eingeführt wird, so kommt solches nach der Gebühr für Stroh zu behandeln.										
37	Gemüse und Küchenwaaren, als: Blumenkohl, Spargel, grüne Erbsen, Bohnen, Gurken	do.	—	—	—	—	—	—	6	—
38	Kraut, Rüben, Kartoffel, Erdbeeren	do.	—	—	—	—	—	—	5	—
39	Frisches Obst	do.	—	—	—	—	—	—	12	—
40	Gedörrtes und getrocknetes, dann eingelegtes Obst	do.	—	—	—	—	—	—	24	—
41	Butter, frische und gesalzene, Schmalz und Gänsefett	do.	—	—	—	—	—	1	—	—
42	Schweinfett und Schweinschmalz, Schmeer und Speck	do.	—	—	—	—	—	—	40	—
43	Räse	do.	—	—	—	—	—	—	45	—
44	Milch	pr. W. Maß	—	—	—	—	—	—	1/4	—
45	Eyer	pr. 100 Stück	—	—	—	—	—	—	5	—
46	Falg, Unschlitt, rohes und geschmolzenes	pr. Wr. Ctr.	—	—	—	—	—	1	—	—
47	Unschlittkerzen	do.	—	—	—	—	—	1	30	—
48	Wachs, gebleichtes und ungebleichtes, Wachskerzen und andere Wachsfabrikate	do.	—	—	—	—	—	2	50	—
49	Hanf-, Lein-, Rübssamen-, und alle andere dergl. Brenn-Oehle	do.	—	—	—	—	—	1	—	—
50	Brennholz, hartes und Kienholz	pr. Kub. Rfst.	—	—	—	—	—	—	50	—
51	Weiches und Bürtelholz	do.	—	—	—	—	—	—	20	—
52	Holzfohlen	pr. Wr. Ctr.	—	—	—	—	—	—	2	—
53	Steinkohlen	do.	—	—	—	—	—	—	1	—

Gubernial-Verlautbarungen.

3. 893. (1) Nr. 14436.

E u r r e n d e
des k. k. illyrischen Landes-Guberniums zu Laibach. — Berichtigung eines in der Gubernial-Currende vom 3. September 1819, Zahl 11089, über das Verfahren in streitigen Ehean gelegenheiten vorgekommenen Schreibfehlers. — In dem Gubernial-Circular vom 3. September 1819, Zahl 11089, über das Verfahren in Ehestreitigkeiten hatte sich im §. 9 der Druck fehler eingeschlichen, daß statt des Ausdruckes: „des Ehegatten“ der Ausdruck: „der Ehegattin“ gesetzt wurde. — Dieser Druck fehler wird demnach in Folge hohen Hofkanz ley-Decretes vom 11. Juny l. J., Zahl 13424, dahin berichtigt, daß für den irrigen Ausdruck: „der Ehegattin“, zu lesen ist: „des Ehegatten.“ — Laibach den 3. July 1829.
Joseph Camillo Freyherr v. Schmidburg,
Landes-Gouverneur.

Element Graf v. Brandis,
k. k. Gubernial-Rath.

3. 899. (1) ad Gab. Nr. 16150.

E d i c t.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey durch den am 1. July l. J. erfolgten Todfall des Kan zellisten, Aloys Turkovich, bei selben eine Kan zellisten-Bedienslung mit dem anstehenden Ge halte von 400 fl., und dem Vorrückungsrechte in den höheren Gehalt von 500 und 600 fl. in Erledigung gekommen; daher Diejenigen, welche sich darum bewerben wollen, ihre mit den erforderlichen Zeugnissen über Studien und Moralität belegten eigenhändig geschrie benen Gesuche, längstens bis 8. August l. J. auf die vorgeschriebene Art an diese Stelle ge langen zu lassen haben. Laibach am 11. July 1829.

Stadt- und landrechtliche Verlautbarungen.

3. 896. (1) Nr. 3722.

E d i c t.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey von die sem Gerichte auf Ansuchen des Vormundes des minderjährigen Johann Georg Carl Recher, Elias Rebitsch, dermalen Dr. Andreas Nap reth, und des Dr. Wurzbach, als Curators der Maria Schesheg'schen Kinder, als Johann Recher'sche Erben, wider Gertraud Seiz, Witwe, als Lukas Seiz'sche Erbin, wegen 2000 fl. c. s. c., in die öffentliche Versteige-

rung der, der Erequirten gehörigen, auf 2583 fl. 20 kr. geschätzten Realitäten, als: a) der in der Krakau, sub Cons. Nr. 58, liegenden, der D. O. R. Commenda Laibach, sub Urb. Nr. 57, dienstbaren Reusche, sammt Wirthschaftsgebäuden und den dazu gehörigen Garten, im Schätzungswerthe pr. 800 fl.; b) der eben dahin, sub Rect. Nr. 59, ge hörigen 1/3 Sterbrechtshube sammt Garten, im Schätzungswerthe pr. 1471 fl., und c) des dem hiesigen Stadtmagistrate, sub Rect. Nr. 198, dienstbaren halben Waldantheil u Lo gu, Krakauer Seits, im Schätzungswerthe pr. 311 fl. 40 kr. gewilliget, und hiezu drey Ter mine, und zwar: auf den 6. July, 4. Au gust und 7. September l. J., jedesmal um 11 Uhr Vormittags vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte mit dem Beisatze bestimmt wor den, daß, wenn diese Realitäten weder bei der ersten noch zweiten Feilbietungstagsaufung um den Schätzungsbetrag oder darüber an Mann gebracht werden könnten, selbe bei der dritten auch unter dem Schätzungsbetrage hint angegeben werden würden; wo übrigens den Kauflustigen frey steht, die dießfälligen Licita tionsbedingnisse, wie auch die Schätzung in der dießlandrechtlichen Registratur zu den ge wöhnlichen Amtsstunden, oder bei dem Execu tionsführer einzusehen, und Abschriften davon zu erheben.

Laibach am 30. May 1829.

Nr. 4649.

Anmerkung. Bei der ersten Feilbietung ist nur der dem hiesigen Stadtmagistra te, sub Rect. Nr. 198, dienstbare hal be Waldantheil u Logu veräußert wor den, dagegen hat sich für die übrigen Realitäten kein Kauflustiger gemeldet.

3. 880. (3) Nr. 4708.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird anmit bekannt gemacht: Es sey über das Gesuch des Jacob Novak, in die Ausfertigung der Amortisations-Edicte, rück sichtlich der angeblich in Verlust gerathenen, auf den Häusern, Nr. 133 und 134 hier in der Stadt intabulirten Urkunden, als des zwischen Jacob Novak und Ursula, vermitwet gewesenen Perentschitz, geschlossenen Hei rathsvertrages, ddo. 26. Juny 1806, und des von Jacob Novak, an Niklas Recher ausge stellten Schuldscheines, ddo. 19. August 1822 pr. 62 fl. 30 kr. gemilliget worden. Es haben demnach alle Jene, welche auf gedachte Ur kunden aus was immer für einem Rechtsgrunde Ansprüche machen zu können vermeinen, selbe

innen der gesetzlichen Frist von einem Jahr, sechs Wochen und drei Tagen vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte so gewiß anzumelden und anhängig zu machen, als im Widrigen auf weiteres Anlangen des heutigen Vortragslers die obgedachten Urkunden nach Verlauf dieser gesetzlichen Frist für getödtet, kraft- und wirkungslos erklärt werden werden.

Vom k. k. Stadt- und Landrechte in Krain. Laibach den 11. July 1829.

Z. 882. (3) Nr. 4436.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen der Maria Hotschevar, gebornen Terschin, als erklärten Erbin zur Erforschung der Schuldenlast nach dem am 2. Juny d. J. verstorbenen Vatten, Primus Hotschevar, Weinwirth an der Wienerstraße zu Laibach, die Tagsatzung auf den 7. September laufenden Jahres, Vormittags um 9 Uhr vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte bestimmt worden, bei welcher alle Jene, welche an diesen Verlaß aus was immer für einem Rechtsgrunde Ansprüche zu stellen vermeinen, solche so gewiß anmelden und rechtsgeltend darthun sollen, widrigens sie die Folgen des §. 814 b. G. B. sich selbst zuschreiben haben werden.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain. Laibach den 11. July 1829.

Z. 883. (3) Nr. 4454.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen der Ursula Woch, gebornen Achlin, im eigenen Namen und als Vormünderin ihrer minderjährigen Tochter Maria, und des Posthums, und dann des Matthäus Achlin, als Mitvormund, als erklärten Erben zur Erforschung der Schuldenlast, nach dem am 13. Mai 1829 allhier in der Krakau, Nr. 35, verstorbenen Caspar Woch, die Tagsatzung auf den 27. July l. J. Vormittags um 9 Uhr vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte bestimmt worden, bei welcher alle Jene, welche an diesen Verlaß aus was immer für einem Rechtsgrunde Ansprüche zu stellen vermeinen, solche so gewiß anmelden und rechtsgeltend darthun sollen, widrigens sie die Folgen des §. 814 b. G. B. sich selbst zuschreiben haben werden.

Vom dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain. Laibach den 11. July 1829.

Aemtlliche Verlautbarungen.

Z. 884. (2) Nr. 1625, 385.

Licitations- und Kundmachung.

Von der k. k. illyrisch-küstenländischen

Taback- und Stämpelgefällen-Administration wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß am 27. August d. J., bei ihr in dem Amtsgebäude auf dem Schulplatze, die Licitations- und Lieferung nachstehender Amts-Erfordernisse für das Militär-Jahr 1830, werde abgehalten werden, nämlich:

50	Duzend Bleistiften,	
10 1/2	Duzend Röthel,	
291	Büschel Federkiele,	
142	Schachteln, à 250 Stück mittlere Oblaten,	
77	Buch Real-	} Papier,
106	„ Median-	
68	„ Fließ-	} Spagat,
42	Pfund weißen	
45	„ grauen	} Siegellack,
23	Pfund rothes	
71	Loth Zwirn, dann	
134	Pfund Riets- oder Leinöhl,	
72	Klafter drey Schuhe langen buchenen Scheiterholzes,	
35	Pfund Wachskerzen,	
167	Ellen Wachs-	} Leinwand, und
250	„ Geldsäck-	
5000	Stück große	} Nägel.
10000	„ mittlere	
11250	„ kleine	

Wozu die Lieferungslustigen mit dem Beisatze eingeladen werden, daß der Ersteher der Holzlieferung eine Caution von 60 fl. C. M. zu erlegen haben wird.

Die Contractsbedingnisse können in den gewöhnlichen Amtsstunden bei der Administration eingesehen werden.

Laibach am 19. July 1829.

Vermischte Verlautbarungen.

Z. 895. (1)

E d i c t.

Von dem vereinten Bezirksgerichte Neudegg wird hiemit bekannt gemacht: Es sey auf Ansuchen des Thomas Bismarck von Padesch, in die executive Versteigerung, des dem Anton Petje von Ilaka gehörigen, zu Tschateschberg gelegenen, der D. D. R. Commenda Neustadt, sub Rect. Nro. 362, Urb. Nro. 7 et 23 dienstbaren Weingarten sammt An- und Zugehörungen, welcher auf 68 fl., und 2 Schweine, die auf 16 fl. gerichtlich geschätzt worden, wegen, aus dem gerichtlichen Vergleich, ddo. 26. Februar 1829 schuldigen 56 fl. c. s. c. gewilliget, und hiezu drei Feilbietungstagsatzungen, nämlich: auf den 22. August, 26. September und 31. October d. J.

jedesmal Vormittags von 9 bis 12 Uhr im Orte der Realität, mit dem Beisatze anberaumt worden, daß, wenn die Realität und Fahrnisse, weder bei der ersten noch zweiten Feilbietung um den Schätzungswertb oder darüber an Mann gebracht werden könnten, bei der dritten auch unter derselben hintangegeben werden würde.

Verzinses Bezirksgericht Neudegg am 15. July 1829.

3. 887. (1)

Nr. 1197.

E d i c t.

Von dem Bezirksgerichte Haasberg wird hiermit bekannt: Es sey in Folge Aufsuchens des Anton Terrina von Oberlaibach, de praesentato 6. d. M., Nr. 1197, in die executive Feilbietung der, in den Verlaß des Gregor Kupnig, seel. gehörigen, der Herrschaft Voitsch, sub Rect. Nr. 598, zinsbaren, auf 883 fl. 40 kr. geschätzten Viertelhuben, wegen schuldigen 204 fl. 46 kr. c. s. c., gewilliget worden.

Zu diesem Ende werden nun drei Vicitations-tags-sagungen, und zwar: die erste auf den 24. August, die zweite auf den 24. September, und die dritte auf den 24. October l. J., jedesmal um 9 Uhr Früh im Orte Siberahe mit dem Beisatze ausgeschrieben, daß, falls diese 1/4 Hube bei der ersten oder zweiten Vicitation um die Schätzung oder darüber an Mann nicht gebracht werden könnten, solche bei der dritten auch unter der Schätzung hintangegeben werden soll. Wovon die Kauflustigen durch Edicte, und die intabulirten Gläubiger durch Rubriken verständiget werden.

Bezirksgericht Haasberg am 10. May 1829.

3. 888. (1)

Nr. 998.

E d i c t.

Von dem Bezirksgerichte Haasberg wird hiermit bekannt gemacht: Es sey in Folge Aufsuchens des Joseph Mülle von Selsach, in die executive Versteigerung der, dem Martin Udousch von Selsach gehörigen, der Herrschaft Haasberg, sub Rect. Nr. 5501, zinsbaren, gerichtlich auf 803 fl. 5 kr. geschätzten Halthube, wegen zuerkannten 55 fl. 39 kr. c. s. c., gewilliget worden.

Zu diesem Ende werden nun drei Vicitations-tags-sagungen, und zwar: die erste auf den 8. July, die zweite auf den 8. August, und die dritte auf den 9. September 1829, jedesmal um 9 Uhr Früh in Loco Selsach mit dem Beisatze bestimmt, daß, wenn diese Realität weder bei der ersten noch zweiten Vicitation um die Schätzung oder darüber an Mann nicht gebracht werden könnte, solche bei der dritten auch unter der Schätzung hintangegeben werden soll.

Wovon die Kauflustigen durch Edicte, und die intabulirten Gläubiger durch Rubriken verständiget werden.

Bezirksgericht Haasberg am 10. April 1829.

Anmerkung. Bei der ersten Vicitation haben sich keine Kauflustige gemeldet.

3. 889. (1)

E d i c t.

Von dem k. k. Bezirks-Gerichte Idria wird in Folge Zuschrift des hohen k. k. Stadt- und Landrechtes zu Laibach, ddo. 4. Erhalt. 12. Juli l. J., Zahl 4450, das zur Valentin v. Krampfeld'schen Verlassenschaft gehörige, zu Idria, Haus-Zahl 377, liegende Haus, bey der auf den 12. August l. J., Früh 9 Uhr in dieser Gerichtskanzley anberaumten Feilbietungstags-sagung an den Meistbietenden verkauft.

Die vorzüglichsten Bedingnisse sind:

- a.) das Haus wird um den inventarischen Schätzungswertb pr. 250 fl. aukgerufen;
- b.) der Meistbieter wird die Hälfte des Meistbots, sogleich nach abgeschlagener Vicitation zu Händen der Vicitations-Commission zu erlegen, die zweite Hälfte aber auf die veräußerte Realität im ersten Sahe zu versichern, und mit 5 o/o zu verzinsen haben.

K. K. Bezirks-Gericht Idria am 14. Juli 1829.

3. 886. (1)

V e r p a c h t u n g

des Wein- und Kukuruzgehentes, dann Zinsmosses und Bergpfennings der Fideicommiss-Herrschaft Wipbach.

Der Wein-, eigentlich Traubengehent, Zinsmoss und Bergpfennig und der Kukuruzgehent der Herrschaft Wipbach, werden mit Vorbehalt der Genehmigung von Seite des hohen k. k. Stadt- und Landrechtes Laibach, als Curatel-Behörde dieser Herrschaft am 5. August l. J. Vormittags um 8 Uhr angefangen, in der Kanzley des Verwaltungsamtes zu Wipbach, im Wege der Versteigerung auf sechs nacheinander folgenden Jahre, als für die Zeitperiode vom 1. May 1829, bis letzten April 1835, verpachtet.

Die Herrschaft Wipbach besitzt das Zehentrecht in allen Ortschaften des ihr delegirten Bezirkes aus 22 politischen Gemeinden bestehend, die in 11 herrschaftliche Gemeinden oder Aemter eingetheilt sind; nur ist sie nicht der alleinige Zehenherr, sondern auch mehrere andere Domänen haben Zehentrechte im Bezirke.

Die diesfälligen Pachtanschläge und Vicitationsbedingnisse können in hiesiger Amtskanzley täglich in den gewöhnlichen Amtsstunden, so wie auch Letztere in Laibach, bei Herrn Franz Agdoni, Verwalter des D. D. Ritter-Commenda Laibach, eingesehen werden.

Herrschaft Wipbach am 18. July 1829.

Z. 894. (1)

Exitationis - Edict.

Nr. 899.

Vom vereinten Bezirks-Gerichte zu Münkendorf wird hiemit allgemein bekannt gemacht: Es sey auf Anlangen des Herrn Johann Gertscher von Stein, als Vormund des minderjährigen Joseph Kordin, und der Witwe Agnes Kordin, Mutter dieses Pupillen, in die Feilbietung des, zum Verlasse des Franz Kordin gehörigen, im Orte Neumarkt nächst der k. f. Stadt Stein gelegenen, der Kirchengült St. Oswald in Wolfsbach, sub Urb. Nr. 3, dienstbaren, auf 160 fl. C. M. geschätzten Hauses, sub Cons. Nr. 19, sammt Garten gewilliget, und zur Vornahme derselben eine Tagesatzung auf den 27. August d. J., Vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Orte dieser Realität anberaumt worden. Wozu demnach alle Kauflustige mit dem Anbange eingeladen werden, daß jeder Exitant ein Badium pr. 32 fl. vor der Exitation zur Exitationis-Commission zu erlegen habe, die übrigen Exitationsbedingungen aber bei diesem Bezirks-Gerichte und bei der Exitation einsehen könne.

Münkendorf am 18. July 1829.

Z. 891. (1)

ad Num. 1363.

Feilbietungs - Edict.

Vom Bezirks-Gerichte Wipbach wird bekannt gemacht: Es seye auf Ansuchen des Mathias Schell von Ugoisdi, in die executive Feilbietung der, dem Jacob Schgouz von Rouf gehörigen, daselbst gelegenen, zur Herrschaft Wipbach, Urb. Folio 710, Nr. 13, dann Urb. Folio 709, Nr. 12, dienstbaren Realitäten, als: Haus in Rouf. Cons. Nr. 31, Acker, Wiese und Huthweide per Boiti, dann zwei Wiesen, zwei Aekern und Huthweide Manderze genannt, im Werthwerthe von 240 fl. M. M., dann darauf 19 fl. 50 kr. geschätzten Mobilargüter, als: Hausfabrikse, einer Kuh und Heu, wegen schuldigen 76 fl. 55 kr. c. s. c., bewilliget, und zur Vornahme derselben der 17. August, 14. September und 12. October d. J., jedesmal Vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Orte Rouf mit dem Anbange bestimmt worden, daß, falls gedachte Pfandgüter bei der ersten oder zweiten Feilbietung nicht um oder über den Schätzungswert an Mann gebracht werden sollten, selbe bei der dritten auch unter dem Schätzungswert hintangegeben werden würden.

Es werden daher die Kauflustigen zu den Feilbietungen zu erscheinen mit dem Beisage eingeladen, daß die Verkaufs-Bedingnisse nebst Schätzung in dieser Gerichtskanzley eingesehen werden können.

Bez. Gericht Wipbach am 5. Juny 1829.

Z. 885. (1)

Nr. 1670.

Amortisations - Edict.

Von dem k. f. Bezirksgerichte der Umgebungen Laibach wird bekannt gemacht: Es sey auf Ansuchen der Maria, zuerst verwitwet gewesenen Ruß, neu verwitweten Pessier von Dragomer, in die Ausfertigung der Amortisations-Edicte, hinsichtlich nachstehender, auf die zu Dragomer gelegene, der D. D. R. Commenda Laibach, sub Urb. Nr. 196, dienstbare 1/4 Hube intabulirten, vorgeblich in Verlust gerathenen Urkunden, als:

1.) des Urtheiles, ddo. 24. Jänner, intabulato 22. April 1795, Nr. 11, in Sachen des Jacob Uldoutsch, wider Johann Ruß ob schuldiger 150 fl. C. W. nebst 2 fl. 1/2 C. W. Gerichtskosten;

2.) der vom Johann Ruß, an die Maria Ruß, verwitwet gewesenen Zottmann, über deren Heirathsgut pr. 300 fl. C. W. ausgestellten Quittung, ddo. 27. May, intabulato 7. August 1795, gewilliget worden.

Daher haben Jene, welche auf diese Urkunden aus was immer für einem Rechtsgrunde Ansprüche zu machen vermeinen, selbe binnen einem Jahre, sechs Wochen und drei Tagen, so gewiß vor diesem Gerichte anzumelden und geltend zu machen, als im Widrigen auf weiteres Anlangen das Urtheil und die Quittung, eigentlich die darauf befindlichen Intabulations-Certificates als null, nichtig und kraftlos erklärt werden würden.

K. K. Bezirks-Gericht der Umgebungen Laibach am 19. July 1829.

Z. 873. (3)

Edict.

Daß Bezirks-Gericht Schneeberg macht kund: Es sey über Einsprechen des Blasius Mlaker aus Ufseug, wider Joseph Knasel zu Laas, wegen 51 fl. sammt Interessen und Executionskosten, in die executive Versteigerung der, dem Pestern gehörigen, mit Pfandrechte belegten, der löbl. Stadtgült Laas dienstbaren, auf 56 fl. gerichtlich geschätzten Realitäten, als: eines Krautgartens, eines Ackerantheiles und eines Geräthees, dann der auf 138 fl. 30 kr. geschätzten Fahrnisse, mit dem dießgerichtlichen Bescheide vom heutigen Tage gewilliget, und zur Vornahme der Exitationen die Tagesatzungen auf den 17. August, 17. September und 17. October d. J., und zwar Vormittags von 9 bis 12 Uhr für das Reale, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr für die Fahrnisse, im Orte der Realitäten in der Stadt Laas mit dem Beisage angeordnet, daß, wenn diese Realitäten und Fahrnisse weder bei der ersten noch zweiten Feilbietungs-Tagesatzung um oder über den Schätzungswert an Mann gebracht werden könnten, selbe bei der dritten auch unter demselben hintangegeben werden.

Kauflustige werden hiemit zur Erscheinung mit dem vorgeladen, daß die Exitationsbedingungen auf dasiger Gerichtskanzley eingesehen werden können.

Bez. Gericht Schneeberg am 10. July 1829.

Im hiesigen Zeitungs-Comptoir ist so eben erschienen und zu haben:

Die Feyer des ersten Decenium-Festes der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Steyermark im Jahre 1829. Beschrieben von einem Gesellschafts-Mitgliede. Mit drei Beilagen. 4. Gräß, broschirt im farbigen und schön lithographirten Umschlage. Preis: 40 kr. C. M.